Bundesgericht Tribunal fédéral Tribunale federale Tribunal federal
6B 60/2020
Urteil vom 3. März 2020
Strafrechtliche Abteilung
Besetzung Bundesrichter Denys, Präsident, Gerichtsschreiber Moses.
Verfahrensbeteiligte A, Beschwerdeführerin,
gegen
1. Staatsanwaltschaft des Kantons Wallis, Zentrales Amt, 2. B, vertreten durch Rechtsanwalt Alexander Köppel, 3. C, vertreten durch Rechtsanwalt Dr. Peter Pfammatter, Beschwerdegegner.
Gegenstand Einstellung des Verfahrens; Nichteintreten (Körperverletzung),
Beschwerde gegen die Verfügung des Kantonsgerichts des Kantons Wallis, Strafkammer, vom 29. November 2019 (P3 19 250).
Erwägungen:
1. Die Staatsanwaltschaft des Kantons Wallis, Amt der Region Oberwallis, stellte das Strafverfahrer gegen B und C wegen fahrlässiger Körperverletzung am 12. September 2019 ein. A erhob Beschwerde gegen die Einstellungsverfügung. Das Kantonsgericht Wallis wies diese am 29. November 2019 ab.
2. A führt Beschwerde in Strafsachen. Sie beantragt, der Entscheid der Vorinstanz und die Einstellungsverfügung seien aufzuheben und die Sache sei zur Durchführung eines rechtskonformer Verfahrens an eine vom Bundesgericht bezeichnete Staatsanwaltschaft, unter Ausschluss der Staatsanwaltschaft Wallis, zu überweisen. Sowohl für das vorinstanzliche als auch für das bundesgerichtliche Verfahren sei ihr die unentgeltliche Rechtspflege und Verbeiständung zu gewähren.

3.1. Der Privatkläger ist zur Beschwerde gegen eine Einstellungsverfügung nur legitimiert, wenn der angefochtene Entscheid sich auf die Beurteilung seiner Zivilansprüche auswirken kann (Art. 81 Abs. 1 lit. b Ziff. 5 BGG). Gemäss Art. 42 Abs. 1 und 2 BGG hat der Beschwerdeführer darzulegen, dass die gesetzlichen Legitimationsvoraussetzungen erfüllt sind. Richtet sich die Beschwerde gegen die Einstellung oder Nichtanhandnahme eines Verfahrens, hat der Privatkläger nicht notwendigerweise bereits vor den kantonalen Behörden eine Zivilforderung geltend gemacht. Selbst wenn er bereits adhäsionsweise privatrechtliche Ansprüche geltend gemacht hat (vgl. Art. 119 Abs. 1 lit. b StPO), werden in der Einstellungsverfügung keine Zivilklagen behandelt (Art. 320 Abs. 3 StPO). In jedem Fall muss der Privatkläger im Verfahren vor Bundesgericht darlegen, aus welchen Gründen sich der angefochtene Entscheid inwiefern auf welche Zivilforderungen auswirken kann. Das Bundesgericht

3.

stellt an die Begründung der Legitimation strenge Anforderungen. Genügt die Beschwerde diesen Begründungsanforderungen nicht, kann darauf nur eingetreten werden, wenn aufgrund der Natur der untersuchten Straftat ohne Weiteres ersichtlich ist, um welche Zivilforderungen es geht (BGE 141 IV 1 E. 1.1 mit Hinweisen).

Als Zivilansprüche im Sinne von Art. 81 Abs. 1 lit. b Ziff. 5 BGG gelten solche, die ihren Grund im Zivilrecht haben und deshalb ordentlicherweise vor den Zivilgerichten durchgesetzt werden müssen. In erster Linie handelt es sich um Ansprüche auf Schadenersatz und Genugtuung nach Art. 41 ff. OR. Nicht in diese Kategorie gehören Ansprüche, die sich aus öffentlichem Recht ergeben. Öffentlichrechtliche Ansprüche, auch solche aus öffentlichem Staatshaftungsrecht, können nicht adhäsionsweise im Strafprozess geltend gemacht werden und zählen nicht zu den Zivilansprüchen im Sinne von Art. 81 Abs. 1 lit. b Ziff. 5 BGG (BGE 141 IV 380 E. 2.3.1; Urteil 6B 307/2019 vom 13. November 2019 E. 3.1 mit Hinweisen; zur Publikation bestimmt).

3.2. B	und C	behandelten	n die Besc	hwerdefüh	nrerin als Är	zte des S	Spitals W	allis.
Dieses is	st eine öffentlich-rech	tliche Anstalt	(Art. 24	Abs. 1 de	es kantonal	en Gese	tzes übe	r die
Krankena	anstalten und -instit	utionen vom	13. Mär	z 2014	(GKAI/VS,	SGS	800.10).	Die
Verantwo	rtlichkeit der Organe	und des Perso	onals des	Spitals '	Wallis wird	analog i	m kantor	nalen
Gesetz ü	iber die Verantwortlichl	eit der öffentlic	chen Gem	einwesen	und ihrer Ar	ntsträger	geregelt	(Art.
36 Abs.	1 GKAI/VS). Allfällige	Ansprüche der	Beschwe	rdeführeri	n wären dan	nit nicht :	zivilrechtl	icher
Natur un	nd könnten nicht adh	äsionsweise in	einem S	Strafproze	ss geltend	gemacht	werden.	Die
Beschwe	rdeführerin ist deshalb	nicht zur Besch	hwerde vo	r dem Bun	ndesgericht l	egitimiert		

- 4. In ihrer Eingabe erhebt die Beschwerdeführerin auch Vorwürfe gegen weitere Personen. Die Staatsanwaltschaft verfügte einzig die Einstellung eines gegen B.____ und C.___ gerichteten Strafverfahrens, weshalb auch auf diese Vorbringen nicht einzutreten ist.
- Auf die Beschwerde ist im Verfahren nach Art. 108 BGG nicht einzutreten. Die Beschwerdeführerin trägt die Kosten des Verfahrens (Art. 66 Abs. 1 BGG).

Das Gesuch der Beschwerdeführerin um unentgeltliche Rechtspflege und Verbeiständung ist abzuweisen, zumal die Beschwerde von vornherein aussichtslos war. Der finanziellen Lage der Beschwerdeführerin ist bei der Festsetzung der Gerichtskosten Rechnung zu tragen (Art. 65 Abs. 2 BGG).

Demnach erkennt der Präsident:

1. Auf die Beschwerde wird nicht eingetreten.

Das Gesuch um unentgeltliche Rechtspflege und Verbeiständung wird abgewiesen.

3. Der Beschwerdeführerin werden Gerichtskosten von Fr. 500.-- auferlegt.

4. Dieses Urteil wird den Parteien und dem Kantonsgericht des Kantons Wallis, Strafkammer, schriftlich mitgeteilt.

Lausanne, 3. März 2020

Im Namen der Strafrechtlichen Abteilung des Schweizerischen Bundesgerichts

Der Präsident: Denys

Der Gerichtsschreiber: Moses